

.BPD



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESPOLIZEIDIREKTION WIEN

Wien, am 28.11.2008

An
z.H. Herrn Jovanovic Milos
Apostelgasse 25-27/37
1030 Wien

Mag. Stefan Kittinger, Oberrat
Büro f. Vereins-, Versammlungs- u. Medien-
rechtsangelegenheiten

Schottenring 7-9
A-1010 Wien
Tel. :+43-1 31 310 / 75304
Fax :+43-1 31 310 / 75319
e-mail :*BPD W Vereinsbüro
bpd-w-vereinsbuero@polizei.gv.at
DVR :0003506

GZ: III-2747

Betreff: Einladung zur Aufnahme der Vereinstätigkeit

"Humanitäre Organisation Serben für Serben" "Humanitarna Or-
ganizacija Srbi za Srbe"

ZVR-Zahl: 371409901

Bezug: Anzeige der Vereinserrichtung vom 06.11.2008

BESCHEID

Spruch

Gemäß § 13 (2) Vereinsgesetz 2002, BGBl. I Nr. 66/2002, ergeht an Sie die Einladung zur Aufnahme der Tätigkeit des Vereins "Humanitäre Organisation Serben für Serben" "Humanitarna Organizacija Srbi za Srbe", mit dem Sitz in Wien, dessen Errichtung am 06.11.2008 der Bundespolizeidirektion Wien, Büro für Vereins-, Versammlungs- und Medienrechtsangelegenheiten angezeigt wurde.

Begründung

Eine Begründung entfällt im Hinblick auf § 58 (2) Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991, da dem Standpunkt der Partei vollinhaltlich Rechnung getragen wurde.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist kein ordentliches Rechtsmittel zulässig.

Hinweis: Gegen diesen Bescheid kann binnen sechs Wochen ab seiner Zustellung eine Beschwerde an den Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof erhoben werden. Diese muss von einem Rechtsanwalt unterschrieben werden. Bei der Einbringung einer solchen Beschwerde ist eine Gebühr von 180 Euro zu entrichten.

Der Vorstand:

Beilage: 1 unbeglaubigte Abschrift der Statuten
1 Auszug aus dem Vereinsregister
1 Informationsblatt
1 Wahlanzeige (Muster)

gez.: i.A. Mag. Kittinger, Oberrat



Hat ein Verein nicht innerhalb eines Jahres ab seiner Entstehung organschaftliche Vertreter bestellt, ist er von der Vereinsbehörde aufzulösen! Die Frist ist von der Vereinsbehörde auf Antrag der Gründer zu verlängern, wenn diese glaubhaft machen, dass sie durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis ohne ihr Verschulden verhindert waren, die Frist einzuhalten. Für einen solchen Antrag wären zu entrichten:

Antrag: (schriftlich)	13,20 Euro Eingabegebühr
Bewilligungsbescheid	6,50 Euro Verwaltungsabgabe